Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 26 (1999)

Heft: 1

Artikel: Einigung bei den bilateralen Verhandlungen : mehrheitlich positive Reaktionen

Autor: Ballanti, Dario

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909786

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

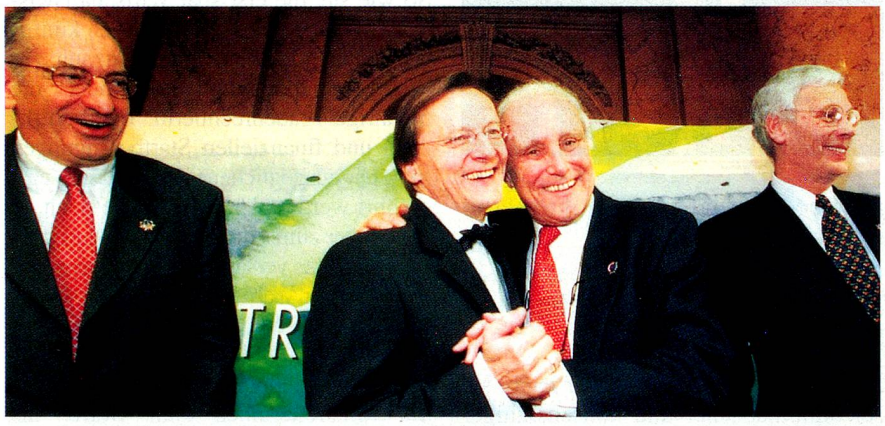
Einigung bei den bilateralen Verhandlungen

Mehrheitlich positive Reaktionen

In der Schweiz ist der Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit Erleichterung aufgenommen worden. Bedenken äussern vorab rechtsbürgerliche Kreise und Vertreter der Gewerkschaften.

Dario Ballanti

Endlich – nach vier Jahren haben die Schweiz und die Europäische Union (EU) die bilateralen Verhandlungen abgeschlossen. Diese wurden in Gang gesetzt, nachdem das Schweizer Volk am 6. Dezember 1992 den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt hatte. Am 11. Dezember 1998 konnten die Abkommen in Wien unterzeichnet werden. Sofern alles nach Plan verläuft, wird das Verhandlungspaket zu Beginn des Jahres 2001 in Kraft treten. Zuerst muss es nun von der Bundesversammlung und dem Europäischen Parlament ratifiziert werden.



Zufriedenheit auf allen Seiten nach dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Von links nach rechts: Bundesrat Pascal Couchepin, der österreichische Aussenminister Wolfgang Schüssel, Bundesrat Flavio Cotti und EU-Kommissar Hans van den Broek. (Foto: Keystone)

Referendumsdrohungen

Wahrscheinlich wird sich in der Schweiz auch noch das Problem des Referendums stellen. Die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi haben bereits damit gedroht. Nationalrat Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) hat sich noch nicht klar zu seinen Absichten geäussert, während SVP-Parteipräsident Ueli Maurer vom Bundesrat jetzt den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs fordert. Von linker Seite sind einzig zum freien Personenverkehr kritische Stimmen laut geworden. Ohne flankierende Massnahmen befürchten gewerkschaftliche und sozialdemokratische Vertreter ein Lohndumping. «Heute haben die Leute mehr Angst vor Lohndruck als noch zur Zeit der EWR-Abstimmung», betont der Berner SP-Nationalrat Rudolf Strahm und fordert zum Schutz der niedrigen Einkommen einen gesetzlichen Mindestlohn.

Wegfall von Diskriminierungen

Die erzielte Einigung zwischen Bern und Brüssel umfasst sieben Dossiers: freier Personenverkehr, Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse, Forschung, Landwirtschaft und öffentliches Beschaffungswesen. Obwohl die Schweiz in der letzten Verhandlungsphase diverse Zugeständnisse machen musste, insbesondere in den Sektoren Landwirtschaft und Landverkehr, dürfen die Abkommen mit der EU insgesamt als vorteilhaft gewertet werden. Auch wenn der EWR grössere Möglichkeiten eröffnet hätte, ermöglicht das bilaterale Abkommen der Schweiz, mit einem Bein in Europa zu stehen. Grosse Teile der Wirtschaft können davon profitieren: Luftfahrtgesellschaften, aber auch Unternehmen aus dem industriellen Sektor werden dank der Öffnung gegenüber Europa direkten Nutzen ziehen. Die bilateralen Abkommen sollten jedoch nicht nur vom ökonomischen Gesichtspunkt her betrachtet werden. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verträge erhalten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger nämlich auch das Recht, in jedem der 15 EU-Länder zu leben und zu arbeiten. Die Personenfreizügigkeit sowie die Anerkennung der Diplome schaffen die Möglichkeit, sich den Ort mit den besten Studien-, Arbeits- und Lebensbedingungen auszuwählen. Kurzum: Die Schweizerinnen und Schweizer werden endlich über dieselben Rechte verfügen wie die Bürgerinnen und Bürger der EU-Länder, auch wenn die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied über kein Mitbestimmungsrecht verfügt.

EU-Beitrittsfrage spaltet die Gemüter

Die Debatte über den EU-Beitritt wird die nächste Etappe des schweizerischen Integrationsprozesses bilden. Schon jetzt spaltet die Beitrittsfrage die Gemüter: «Von Beitritt zu sprechen ist ein schwerer Fehler», meint der freisinnige Neuenburger Nationalrat Claude Frey aufgebracht. Ähnlicher Ansicht ist sein Zuger Parteikollege Georg Stucky, der eine zweite EWR-Abstimmung befürworten würde. «Ich glaube, für den EWR hätte man heute auch in der Deutschschweiz eine Mehrheit. Dagegen fiele ein Votum über den EU-Beitritt wahrscheinlich negativ aus», meint er.

Ein weiterer Freisinniger, der Genfer Nationalrat Peter Tschopp, plädiert dagegen vehement für einen EU-Beitritt: «Jetzt müssen wir mal schauen, wo wir stehen, um dann einen Beitritt ins Auge fassen zu können. Bis ins Jahr 2010 müssen wir EU-Vollmitglied sein.» Auch die Linke stellt sich positiv zur Beitrittsfrage. Stellvertretend meint der Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross dazu: «Für viele bildet der Abschluss der bilateralen Verhandlungen lediglich eine Etappe auf dem Weg zum EU-Beitritt.» ■